

2. Juli 1915

130

Obmänner-Konferenz

Gem.-Rat Leitner erklärt, mit Befriedigung zur Kenntnis zu nehmen, daß die Aufhebung der Verordnung über das Mischungsverhältnis angestrebt werde. Es solle dem Handel wenn möglich ein Mischmehl zur Verfügung gestellt werden. Bei den gegenwärtigen Fleischpreisen sei die Bevölkerung auf den Mehlfonsum angewiesen. Das jetzige Weizengleichmehl weise große Qualitätsunterschiede auf. Auch sei die Abgabe von Brot bei vielen Bäckern und Gastwirten nicht mehr an die Abgabe der Brotkarte geknüpft, dieser Übelstand habe vielfach eingerissen. Es wäre gut, eine Weisung hinauszugeben, daß die gesetzlichen Vorschriften über die Brotkarte streng eingehalten werden.

In Berlin, wo er kürzlich geweilt habe, sei die Verwendung der Brotkarte tabellos organisiert. Das Wiener Marktweisen stehe jedoch im allgemeinen über das Berliner Marktweisen. Auch bei den Lebensmittelpreisen sei kein großer Unterschied zwischen Wien und Berlin wahrzunehmen. Die bezüglichen Zeitungsnachrichten entsprächen nicht den Tatsachen.

Magistrats-Ober-Kommissär Dr. Rößkopf teilt über eine Anfrage mit, daß durch das Mehlabgabeamt bisher 2500 Waggons Mehl — zirka 200 Waggons pro Woche — zur Ausgabe gebracht worden seien.

Gem.-Rat Steiner führt aus, daß in letzter Zeit die rumänische Regierung zahlreiche Mehlausfuhrbewilligungen erteilt habe, daß jedoch dieses Mehl in Ungarn zurückgehalten werde. Es wäre gut, wenn der Frachtenverkehr mit Ausschaltung Ungarns über Lemberg nach Österreich geführt würde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß gegenwärtig der Transport über Lemberg noch nicht möglich sei.

Gem.-Rat Steiner spricht sich dagegen aus, daß durch die neue Verordnung den Bezirkshauptleuten dieselbe Souveränität wie bisher gewährt werde.

Weiters führt er aus, daß die Versuche des n.-ö. Landwirtschaftsrates zur Verbesserung der Getreidesorten in Österreich die günstigsten Ergebnisse in einzelnen Bezirken (Amstetten und Melf) gezeitigt hätten. Es wäre Sache des Ackerbauministeriums, daß diese Ergebnisse für ganz Österreich verwertet würden. Es würde dadurch der Ernteertrag in Zukunft derart gesteigert werden können, daß Österreich überhaupt nicht mehr auf den Bezug von Getreide aus dem Auslande angewiesen wäre.

Die Obmänner-Konferenz stimmt den Vorschlägen des Herrn Bürgermeisters einstimmig zu.

Ober-Magistratsrat Dr. Konstantin Mayer referiert über die Versorgung der Gemeinde Wien mit Zucker und führt aus, daß über Einschreiten der Gemeinde Wien die k. k. n.-ö. Statthalterei auf Grund des § 4 der kaiserlichen Verordnung vom 1. August 1914, R.-G.-Bl. Nr. 194, mit den Erlässen vom 30. Mai 1915, W. 1363/3, und vom 12. Juni 1915, W. 1557/10, den im Lagerhaus, Wien, II., Franzensbrückenstraße, für verschiedene Firmen eingelagerten Zucker in der Menge von ungefähr 150 Waggons für die Gemeinde Wien angefordert habe. Dieses Quantum sei übernommen und dem Konsum zugeführt worden.

Mit Eingabe vom 31. Mai 1915, M. D. 5654, sei vom Herrn Bürgermeister von der k. k. n.-ö. Statthalterei ein weiteres Quantum von 1000 Waggons aus den in den österreichischen Zuckerraffinerien lagernden Zuckervorräten angefordert worden. Im Sinne dieses Ansuchens habe das k. k. Handelsministerium laut Erlasses vom 1. Juli 1915, Z. 8997, das Komitee der

vereinigten österreichischen Zuckerraffinerien veranlaßt, der Gemeinde Wien 800 Waggons Zucker zuzuweisen und habe dieses Komitee bereits mit Zuschrift vom 25. Juni 1915 mitgeteilt, daß es diese Lieferung auf 21 näher bezeichnete Fabriken aufgeteilt habe. Hiemit sei das Ansuchen der Gemeinde Wien formell erledigt worden. Seitens der Magistrats-Direktion sei sodann mit diesen Zuckerfabriken in Verbindung getreten und die Schlußbriefe ausgefertigt worden. Zugleich sei mit dem Verein der am Kolonialwarenhandel beteiligten Firmen in Wien wegen Abgabe des Zuckers an den Konsum in Verbindung getreten worden. Der Verein habe zu diesem Zwecke ein eigenes durch außenstehende Handelsleute verstärktes Komitee gebildet, das die jederzeit abzurufenden Mengen der Magistrats-Direktion bekanntgibt, und zugleich mit dem Kreditverein der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien ein Abkommen auf Durchführung der Zahlung geschlossen. Diese Organisation sei den Bezugsinteressenten nach vorhergegangener Beratung zur Kenntnis gebracht worden. Bisher seien über Einschreiten des Komitees 245 Waggons Zucker abgerufen worden. Wegen Beistellung von Waggons sei im k. k. Eisenbahnministerium interveniert worden.

Weiters habe die Gemeinde bei der k. k. Statthalterei in Triest aus dem in den k. k. Lagerhäusern in Triest eingelagerten und in Bergung befindlichen Exportzucker eine Menge von ungefähr 310 Waggons angefordert. Dieser Anforderung sei durch die Statthalterei in Triest am 8. Juli 1915 entsprochen worden und sei der Zucker bereits im Wiener Lagerhause eingelagert. Von diesem letzteren Quantum seien 200 Waggons als Reserve für die Gemeinde eingelagert worden.

Die Obmänner-Konferenz nimmt die Mitteilung des Herrn Ober-Magistratsrates Dr. Konstantin Mayer zustimmend zur Kenntnis.

Magistrats-Sekretär Dr. Fastenbauer referiert sodann über den Bezug russischer Kohle und führt aus, daß in der Obmänner-Konferenz vom 8. Juni 1915 bereits über den Ankauf sogenannter russischer Kohle für städtische Zwecke berichtet worden sei. Es seien 900 Waggons aus der Grube „Kazimierz“ zum Preise von 18 K für Stück, Würfel I und II und zum Preise von 16 K 50 h für Ruß angekauft worden. Inzwischen seien noch weitere 1600 Waggons als Hausbrandkohle unter denselben Bedingungen und zu denselben Preisen angekauft worden. In der erwähnten Sitzung sei auch darüber berichtet worden, daß die Gemeinde Wien sich an der Erstehung der gesamten zum Verkaufe gelangenden Dombrowaerkohle beteiligen werde und wegen Verwertung der von der Gemeinde nicht benötigten Kohlenmenge — insbesondere der Sorten Ruß II und Staub — einen Vertrag mit der k. k. priv. österr. Länderbank abgeschlossen habe. Bei den diesbezüglichen Vereinbarungen sei auf Grund mündlicher Mitteilungen, die dem Vertreter der Gemeinde Wien im k. u. k. Militärbergamte Dombrowa gemacht worden seien, angenommen, daß es sich um einen täglichen Bezug von 150 bis 200 Waggons handeln würde.

Der Termin der Offertverhandlung, der ursprünglich für 1. Juli 1915 angesetzt worden sei, sei später auf 15. Juli verlegt worden. Gleichzeitig sei bekanntgegeben worden, daß die täglich zum Verkaufe gelangende Menge nicht mehr als 30 bis 50 Waggons betragen würde. Die Ursachen dieser bedeutenden Reduktion seien nicht bekanntgegeben worden.